

Pressemitteilung

Dr. Christel Happach-Kasan, MdB

An die Redaktionen

Tel. 030 227 70205 (d)

Fax 030 227 76113 (d)

der Zeitungen im Bundestagswahlkreis 10

Tel. 04541/89 8716 (p)

Fax 04541/89 8718 (p)

Ch-Happach@t-online.de

Bäk, den 2. Nov. 2005

BÄK/KIEL: Zur Entscheidung der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung, die Leukämiekommision aufzulösen, erklärt die lauenburgische Bundestagsabgeordnete der FDP, Dr. Christel Happach-Kasan:

Auflösung der Leukämiekommision seit 10 Jahren überfällig

Bereits rot-grün hat vor einem Jahr das Ende der Leukämiekommision beschlossen. Nun ist es endgültig vorbei. Die Beendigung der Kommissionsarbeit ist seit mehr als 10 Jahren überfällig. In den letzten 10 Jahren ist die Kommission mehrfach sowohl von der Regierung wie auch von Kernenergiegegnern als Instrument beim Kampf gegen die energetische Nutzung der Kernenergie missbraucht worden. Das ist eine Verhöhnung der Menschen, die sich von der Arbeit der Kommission ein Mehr an Wissen über die Ursachen der verschiedenen Krankheiten des blutbildenden Systems erhofft hatten.

In den Jahren 1990, 1991 waren in der Elbmarsch sechs Kinder und ein junger Erwachsener an Leukämie erkrankt. Daraufhin gründete die Schleswig-Holsteinische Landesregierung die Leukämiekommision. Sie sollte die Ursache der Erkrankungen untersuchen. Von Anfang an verfolgte die Landesregierung dabei das Ziel, einen Zusammenhang herzustellen zwischen den Erkrankungen und dem Betrieb des Kernkraftwerks Krümmel. Dies ist der Landesregierung nicht gelungen. Bereits 1994 bewies das Ökoinstitut Darmstadt, dass es zu keiner Zeit Freisetzen von Radioaktivität aus dem Kernkraftwerk Krümmel gegeben hat. Der damals zuständige Minister Claus Möller hat daher bereits 1995 festgestellt, dass es keine wissenschaftliche Bestätigung gäbe, dass „die Leukämiehäufung in der Elbmarsch in der Anlage des KKK oder seines Betriebes begründet sei“.

Dennoch überlebte die Kommission 10 weitere Jahre und dennoch wurden etwa 10 Mio. Euro Steuergelder für Gutachten und Finanzierung der Kommissionsarbeit ausgegeben.

Eine konkrete Ursache für die Leukämieerkrankungen in der südlichen Elbmarsch hat die Kommission nicht festgestellt. Sie beschränkte sich auf die Untersuchung von Umweltursachen als Auslöser der Leukämieerkrankungen. Anders das Deutsche Kinderkrebsregisters am Institut für Medizinische Biometrie, Epidemiologie und Informatik in Mainz: Die von dem Institut durchgeführte Fallkontrollstudie bei Kindern, die in Niedersachsen an Leukämie erkrankt waren, ergab deutliche Hinweise, dass Fehlreaktionen des Immunsystems eine der wesentlichen Ursachen kindlicher Leukämieerkrankungen sein können. Diese Hypothese wurde auch bei einer großen europäischen Studie bestätigt. Die Leukämiekommision hat durch die ideologische Verblendung einiger Mitglieder diese europaweit diskutierte These unberücksichtigt gelassen.

An die Redaktion
des Flensburger Tageblattes

Bäk, den 5. Sept. 1996

Leserbrief

zum Beitrag „Krümmel sorgt für Hauskrach bei der F.D.P.“

Anders als der Untertitel des Beitrags suggeriert, trete ich nicht für ein „Ende der Leukämie-Ursachenforschung in der Elbmarsch“ ein, sondern im Gegenteil, ich fordere, dass endlich mit der ergebnisoffenen Erforschung der Ursachen dieser Erkrankung begonnen wird. Der Vorsitzende der Leukämiekommision, Prof. Wassermann, hat nicht darauf hingearbeitet, dass die Arbeit der Kommission sich an den Erfordernissen der Ursachenforschung orientiert. Die Profilierungssucht einiger Mitglieder der Kommission wie auch seine eigene waren wichtiger. Der Ende des vergangenen Jahres fällige Bericht über die Arbeit der Kommission einschließlich der Bewertung der Ergebnisse liegt noch immer nicht vor. Wo sonst gibt das Land 5 Mio. DM, ohne dass über das Ergebnis berichtet werden muss? Da Prof. Wassermann meiner fachlichen und politischen Bewertung der Kommissionsarbeit inhaltlich nichts entgegenzusetzen vermag, werde ich persönlich diffamiert. Er kann sich offensichtlich nicht vorstellen, dass mir das Schicksal dieser Kinder sehr nahe geht, aber anders als er ich nur in einer wissenschaftlich qualifizierten Ursachenforschung den Weg sehe, zukünftige Erkrankungen zu verhindern.

Es ist mir unverständlich, wie dem Kieler Korrespondenten Ihrer Zeitung entgehen konnte, dass ich für die F.D.P. im Landtag die sofortige Umsetzung des Bundesgesetzes zur Einrichtung eines Krebsregisters gefordert habe, und dass ich weiter für die F.D.P. die Einrichtung einer Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Knochenmarkspende mit einer Förderung von 500 000 DM im Landtag beantragt habe. Die Bundesregierung hat im vergangenen Jahr Knochenmarkspenden in Höhe von 20 Mio. DM gefördert, das Land Nordrhein-Westfalen eine Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der Knochenmarkspende eingerichtet. Das Land Schleswig-Holstein hat dagegen für eine seriöse Ursachenforschung kein Geld.

Auf den „guten“ Rat des Herrn Hauck werde ich verzichten. Er taugt nicht. Schließlich bin ich die einzige Abgeordnete im Landtag, die sich kontinuierlich und in den Medien des Landes nachlesbar mit der Überwachung des Kernkraftwerks, der Arbeit der Leukämiekommision, der Einrichtung eines Krebsregisters beschäftigt hat. Es bleibt der schale Nachgeschmack, dass für Herrn Hauck wie für Herrn Wassermann die an Leukämie erkrankten Kinder Marionetten sind, die sie jeder für ihr eigenes Spiel nutzen. Ihr schweres Schicksal spielt dabei keine Rolle.

Von den Kindern, die in der niedersächsischen Elbmarsch an Leukämie erkrankt sind, sind inzwischen drei gestorben. Ihre Schicksale sind Mahnung, den vielfältigen Ursachen dieser Erkrankungen auf die Spur zu kommen und die Heilungschancen zu verbessern. Tatsächlich ist jedoch ist zu beobachten, dass die Erkrankungen von verschiedenen Seiten für die politische Auseinandersetzung genutzt werden.

Sehr richtig schreibt Herr Hauck, dass „nicht nur die Menschen in der Elbmarsch Anspruch darauf haben, dass alles unternommen wird, um der bislang unerklärlichen Häufung von Blutkrebs in ihrer Region auf die Spur zu kommen“. Für solche Ursachenforschung von Krebserkrankungen, und von diesen Erkrankungen sind viele Menschen im Land betroffen, ist ein Krebsregister erforderlich, wie ich es im vergangenen Jahr im Landtag gefordert habe. Das Rahmengesetz des Bundes für ein Krebsregister liegt lange vor, das Kieler Kabinett hat einen Entwurf beschlossen, doch dieser schmort und wurde dem Landtag noch nicht zugeleitet. Er ist überfällig.

Das bei Geesthacht liegende Kernkraftwerk soll als Verursacher überführt werden und so lautete der vom damaligen Minister Jansen formulierte Auftrag an die Leukämiekommission: „Ziel soll es dabei unbedingt sein, den Versuch zu unternehmen, einen Kausalitätsbeweis für die bisher aufgetretenen 7 Leukämiefälle im Raum Tespe im Zusammenhang mit gegebenenfalls radioaktiven Immissionen oder Emissionen, verursacht durch das Kernkraftwerk Krümmel oder kerntechnische Hantierungen aus der GKSS zu führen.“ 5 Mio. DM sind vom Land Schleswig-Holstein für diesen Versuch bezahlt worden, 9 Untersuchungen wurden mit dieser Zielsetzung durchgeführt, dennoch war der Zusammenhang nicht zu beweisen.

Diese 5 Mio. DM und insbesondere die daraus folgenden 5,8 Mio. DM für eine Fallkontrollstudie sind als Förderung für tendenziöse Forschung zu betrachten. Wie anders ist zu erklären, dass ein Prof. Greiser den Auftrag zu dieser Studie erhält, dessen Studiendesign von internationalen Wissenschaftlern im Krebsforschungszentrum in Heidelberg als völlig ungeeignet beurteilt wurde. Warum hat er in der Bewertung seiner Ergebnisse nicht herausgestellt, dass die Indikator-Leukämie für radioaktive Strahlung, die akute myeloische Leukämie (AML) im 5-km-Bereich um das Kernkraftwerk Krümmel nicht vermehrt auftritt.

F.D.P. - Landtagsfraktion

Dr. Christel Happach-Kasan
stellv. Fraktionsvorsitzende

Tel. 0431/988 1480 (d)
Fax 0431/988 1495 (d)

Tel. 04541/89 8716 (p)
Fax 04541/89 8718 (p)

Bäk, Januar 2000

Bilanz der Arbeit der Leukämie-Kommission

Presseerklärung

Vor etwa 10 Jahren ist in der Elbmarsch südlich Geesthacht ein Leukämiecluster aufgetreten, genau im Zeitraum Dez. 1989 bis Mai 1991.

1992 hat die Landesregierung zur Aufklärung der Ursachen des gehäuften Auftretens von Leukämieerkrankungen eine wissenschaftliche Fachkommission eingesetzt - Leukämiekommission.

Jetziger Stand der von der rot/grünen Landesregierung initiierten Arbeit der Erforschung des Ursachen des Leukämieclusters in der Elbmarsch:

Es wurden im Wesentlichen drei Gutachten in Auftrag gegeben. Keines der in Auftrag gegebenen Gutachten wird fristgemäß abgeschlossen werden.

1. Das strahlenbiologische Gutachten sollte 1998 fertig gestellt sein. Es soll im kommenden Monat fertig gestellt werden. Eine Ursache für die Verzögerung wird von der Landesregierung nicht genannt.
2. Das anlagenbezogene Gutachten sollte 1998 fertig gestellt werden. Es soll im kommenden Monat fertig gestellt werden. Ursache für die Verzögerung soll der betriebsbedingte Stillstand des KKK sein.
3. Die Fallkontrollstudie sollte März 2000 fertig gestellt sein. Es wird erst im kommenden Jahr fertig gestellt werden. Als Ursache für die Verzögerung nennt die Landesregierung, dass der wissenschaftliche Fachbeirat darum gebeten habe, „ bei Planung und Entwicklung der Erhebungsinstrumente für die Fallkontrollstudie vergleichbare internationale Erhebungsinstrumente zu berücksichtigen. Die notwendige Implementierung der Erhebungsinstrumente war so umfangreich, dass die Übersetzung und Adaptation an das Studiendesign der Fallkontrollstudie den Studienablauf um etwa 9 Monate in Verzug gebracht hat.“

1. - 3.: Drucksachen 14/2630 und 2608

Die in der 14. Legislaturperiode des Schleswig-Holsteinischen Landtages in Auftrag gegebenen Gutachten haben bis zum heutigen Tag kein Ergebnis erbracht. Ihr Kostenvolumen beträgt ca. 5 Mio. DM

Bilanz:

Die Arbeit der Leukämiekommission, die in Auftrag gegebenen Gutachten und deren Bewertung durch die Leukämiekommission haben bis jetzt nicht zur Erforschung der Ursachen des Leukämieclusters in der Elbmarsch beigetragen.

1. Die von der Landesregierung auf Empfehlung der Leukämiekommission in Auftrag gegebenen Gutachten dienten wesentlich dem Ziel, Voruntersuchungen, die von Seiten der Kernkraftgegner durchgeführt wurden, wissenschaftlich korrekt zu wiederholen. Z. B. Tritiumnachweis in Baumscheiben, der von Prof. Lengfelder und Prof. Schmitz-Feuerhake im Stern veröffentlicht wurde, angeblich erhöhte Anzahl dizentrischer Chromosomen, die Prof. Schmitz-Feuerhake in Blutzellen von Geschwistern von an Leukämie erkrankten Kindern nachgewiesen haben wollte.
 2. Die von Kernenergiegegnern durchgeführten Vorstudien wurden in keinem Fall bestätigt.
 3. Die Widerlegung der auf Grund von Vorstudien angenommenen Hypothesen wurde vom Land Schleswig-Holstein finanziert. Weiterhin beteiligten sich an der inhaltlichen Arbeit der Aufklärung der Ursache der Leukämieerkrankungen in der Elbmarsch zahlreiche Professoren aus eigenem Antrieb und ohne speziellen Auftrag. Zu nennen sind:
 - Prof. Dr. Henze und Dr. Wendhausen, die die Tritiummeldung von Prof. Lengfelder widerlegten,
 - Prof. Dr. Gaßmann, der die Schwächen der Inzidenzstudie des BIPS offen legte,
 - Prof. Dr. Rabenhorst, der mit seiner Schilddrüsenkrebsstudie zeigte, dass die Schilddrüsenkrebsrate in S-H in den Jahren 1986 - 1996 nicht erhöht, eine Steigerung der Belastung durch Radioaktivität daher auszuschließen war.
1. Im Dez. 1997 beschließen 4 von 8 verbliebenen Mitgliedern der Leukämiekommission, dass die Erkrankungen mit großer Wahrscheinlichkeit durch vermehrte radioaktive Emissionen des KKK ausgelöst wurden.

2. Die Kosten der Arbeit der Leukämiekommission betragen in der vergangenen Legislaturperiode einschließlich der in Auftrag gegebenen Gutachten 3.123 Mio. DM.

Bewertung:

Nach Einschätzung der F.D.P. diente die Arbeit der Leukämiekommission im wesentlichen nicht der Aufklärung der Ursachen des Leukämieclusters.

Auf Grund internationaler Studien ist davon auszugehen, dass die „Greaves-Hypothese“ die zurzeit einleuchtendste Erklärung für das Auftreten des Leukämieclusters darstellt. (Erklärung Prof. Neth)

Die Einrichtung der Kommission diene wesentlich der Stimmungsmache gegen die Nutzung der Kernenergie. Sie wurde im Wahlkampf instrumentalisiert.

Es wurden Forschungsmittel außerhalb Schleswig-Holsteins vergeben, obwohl entsprechende Qualifikationen innerhalb Schleswig-Holsteins mit internationaler Anerkennung gegeben waren.

Insgesamt war die Landesregierung in der Zusammenarbeit mit der Leukämiekommission überfordert. Sie war ihr Spielball und konnte offensichtlich politische Meinungsäußerungen der Kommission nicht von fachlichen Aussagen unterscheiden.

Folgerungen:

Die Einrichtung wissenschaftlicher Fachkommissionen, die Vergabe wissenschaftlicher Gutachten sollte in Zukunft nicht „frei Hand“ bzw. anhand der politischen Einstellung von Wissenschaftlern erfolgen. Für die Vergabe von Gutachten ist die Kompetenz von Forschungseinrichtungen wie z. B. der D.F.G, die Erfahrung hat mit der Vergabe von Gutachten hat, zu nutzen. (Ausführung Prof. Neth)

Angesichts knapper Forschungsmittel ist zunächst zu überprüfen, wieweit die erforderlichen Gutachten von Wissenschaftlern aus S-H erbracht werden können.

Nicht die politische Reputation sondern das fachliche Ansehen haben im Vordergrund zu stehen.

Die politische Einflussnahme von Interessentengruppen ohne Fachkompetenz ist zu vermindern.

F.D.P. - Landtagsfraktion

Dr. Christel Happach-Kasan
stellv. Fraktionsvorsitzende

Tel. 0431/988 1480 (d)
Fax 0431/988 1495 (d)

Tel. 04541/89 8716 (p)
Fax 04541/89 8718 (p)

Bäk, den 24. Feb. 2000

Offener Brief

zum Schreiben von Waltraut Clasen und Petra Bolte vom 23. Feb. 2000

Sehr geehrte Frau Clasen, sehr geehrte Frau Bolte,

Die von mir und Prof. Dr. Rolf Neth in der Pressekonferenz in Kiel vorgetragene Bewertung, dass die Leukämieerkrankungen in der Elbmarsch nicht vom Betrieb des Kernkraftwerks Krümmel verursacht wurden, beruht auf drei Argumenten:

1. Es gab keine Gesundheitsgefährdenden radioaktiven Emissionen des Kernkraftwerks Krümmel (bzw. des Forschungsreaktors der GKSS). Dies wurde nachgewiesen durch das Gutachten des Ökoinstituts Darmstadt. Ein weiterer Nachweis stellt die Auswertung der Ergebnisse des Registers für Schilddrüsenerkrankungen der Jahre 1986 bis 1996 dar. Die Schilddrüse ist beim Auftreten radioaktiver Emissionen, ob Kernkraftunfall oder nach Fallout, das vorrangig geschädigte Organ. Schilddrüsen sind daher als Bioindikatoren zur Ermittlung von Strahlenschäden besonders geeignet. Prof. Dr. Gero Rabenhorst hat festgestellt, dass es in Schleswig-Holstein im untersuchten Zeitraum keine Zunahme von Schilddrüsenkarzinomen gegeben hat.
2. Nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl hat es in der radioaktiv belasteten Region Gomel eine deutliche Erhöhung der Anzahl der Erkrankungen der Schilddrüse bei Jugendlichen gegeben, aber keine Erhöhung der Leukämieerkrankungen.
3. Nach Auffassung von Prof. Dr. Rolf Neth und mir ist die von Prof. Mel Greaves aufgestellte Hypothese zum Auftreten frühkindlicher Leukämieerkrankungen besser geeignet als alle anderen bisher ins Gespräch gebrachten Hypothesen, das Leukämiecluster in der Elbmarsch zu erklären.

Die Hypothese von Mel Greaves besagt, dass frühkindliche Leukämieerkrankungen des Typs ALL (Akute lymphatische Leukämie) als seltene Reaktion des Immunsystems auf häufig vorkommende, an sich nicht lebensbedrohliche Infektionserkrankungen auftreten können.

Prof. Dr. Jörg Michaelis, Leiter des Instituts für Medizinische Statistik und Dokumentation an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, stellt in der Zusammenfassung der an seinem Institut erarbeiteten „Fallkontrollstudie zu den Ursachen von Leukämie bei Kindern in Niedersachsen“ (1995) als eines der wichtigsten Studienergebnisse heraus:

„Die Studie erbrachte verschiedene Hinweise darauf, dass die heute von zahlreichen Epidemiologen ernsthaft diskutierte Greaves-Hypothese zutrifft. Diese Hypothese beinhaltet, dass Leukämien als seltene Reaktion auf häufig vorkommende frühkindliche Infektionserkrankungen auftreten können. Hierbei soll ein fehlendes frühkindliches „Training“ des Immunsystems beteiligt sein. Für die Greaves-Hypothese sprachen folgende Studienergebnisse: Geringe Impfraten bei den Leukämiepatienten, selteneres Auftreten von Virusinfektionen, die Leukämiepatienten waren häufiger erstgeborene Kinder, die Leukämiepatienten waren häufiger gestillt worden und hatten vermutlich weniger frühzeitig Kontakt zu anderen Kindern.“

Im Fazit ist damit festzustellen:

1. Es besteht kein Zusammenhang zwischen den Leukämieerkrankungen in der Elbmarsch und dem Kernkraftwerk Krümmel.
2. Die in dieser Legislaturperiode von der rot-grünen Regierung in Auftrag gegebenen Gutachten werden selbst bei Fertigstellung nichts zur Aufklärung der Ursachen beitragen, da der verfolgte Untersuchungsansatz falsch ist.
3. Die wesentlichen Arbeiten zur Aufklärung der Ursachen des Leukämieclusters wurden nicht von der Landesregierung initiiert, in Auftrag gegeben oder finanziert.

Ich möchte meinem Offenen Brief eine persönliche Anmerkung hinzufügen: Ich bedanke mich für den sachlichen und fairen Ton Ihres Briefes, der ihn von vielen anderen von Kernkraftgegnern geschriebenen unterscheidet. Ich gehe davon aus, dass die sehr knappe Darstellung meiner Pressekonferenz im Hamburger Abendblatt eine Irreführung bewirkt hat. Weder Prof. Neth noch ich gehen davon aus, dass ein „unbekannter Erreger“ die Leukämieerkrankungen bewirkt hat. Die Greaves-Hypothese besagt etwas anderes. Sie ist international anerkannt und keine „Außenseitermeinung“.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Christel Happach-Kasan

FDP - Landtagsfraktion

Dr. Christel Happach-Kasan
stellv. Fraktionsvorsitzende

An die Redaktionen

der Zeitungen im Kreis Herzogtum Lauenburg
und in Nordniedersachsen

Tel. 0431/988 1485 (d)
Fax 0431/988 1495 (d)
Tel. 04541/89 8716 (p)
Fax 04541/89 8718 (p)

Ch-Happach@t-online.de
Bäk, den 28. Nov. 2001

Happach-Kasan fordert Neuausrichtung der Erforschung des Leukämieclusters in der Elbmarsch

Auf der heutigen Sitzung des Umweltausschusses des Landtages in Kiel hat Staatssekretär Winfried Voigt die Ergebnisse des Sachverständigenbüros für Strahlenschutzanalytik, Strahlenschutztechnik und Katastrophenschutz (SAST) vorgestellt. Das Büro war von der Landesregierung beauftragt worden, den Sachkomplex „Behaupteten Befunde von kernbrennstoffhaltigen Partikeln in der Umgebung von KKK/GKSS“ darzustellen und aufzuarbeiten.

Fazit des Staatssekretärs: „Es gibt keinen Kernbrennstoff in der Elbmarsch.“

Damit ist ein weiteres Mal eine Hypothese widerlegt worden, die eine angeblich erhöhte Strahlenbelastung in der Elbmarsch vor etwa 15 Jahren belegen sollte. Sechs andere Hypothesen haben dasselbe Schicksal oder genauer der Versuch der Irreführung ist gescheitert. Auch wenn der Staatssekretär die Untersuchungen der „Heißen Teilchen“ für abgeschlossen erklärt hat, ist zu erwarten, dass interessierte Gruppen weitere Hypothesen über Störfälle, Explosionen, Geheimlabore oder sonstige Ereignisse in den Raum stellen werden.

Die FDP-Abgeordnete Dr. Christel Happach-Kasan FDP fordert die Landesregierung auf, die Untersuchung der Erkrankung von fünf Kindern an Leukämie in der südlichen Elbmarsch auf eine völlig neue Grundlage zu stellen. Der bisherige, auf den Nachweis von erhöhter Strahlenexposition angelegte Weg der Ursachenforschung hat sich als Irrweg erwiesen. Er ist missbraucht worden, um die Kernanlagen in Geesthacht in Misskredit zu bringen. Das ist fehlgeschlagen.

Die bisherige gemeinsame Betrachtung unterschiedlicher Leukämieerkrankungen, die unterschiedliche Ursachen haben, und die Konzentrierung ausschließlich auf die Betrachtung von Umweltfaktoren als Krankheitsursache haben keine greifbaren Ergebnisse ergeben. Die Schrotschussmethode der von der Leukämiekommission empfohlenen Gutachten hat keinen Erkenntnisgewinn gebracht.

Wirklich neue Erkenntnisse sind nur durch eine verbesserte Grundlagenforschung zu erzielen. Diese Grundlagenforschung kann an den medizinischen Universitäten in Lübeck und Kiel geleistet werden, sie ist nicht rückwärtsgewandt, sondern hilft die Heilungschancen von Menschen, die jetzt an Leukämie erkranken, zu verbessern.